

**Postulat Meyer Jörg und Mit. über die Einleitung eines breiten politischen Prozesses für eine nachhaltige und ausgewogene Finanzpolitik**

eröffnet am 19. Juni 2017

Der Regierungsrat wird gebeten, einen breit abgestützten politischen Prozess für eine nachhaltige und ausgewogene Finanzpolitik einzuleiten. Dieser soll auf den AFP 2019–2022 hin die entsprechenden Grundlagen und mehrheitsfähige Lösungen schaffen. Dabei sind die Parteien, Personal- und Wirtschaftsverbände, Gemeinden und weitere relevante Anspruchsgruppen von Anfang an einzubeziehen, um eine breite Sicht einzubringen. Der Prozess soll hinsichtlich konkreter Massnahmen ergebnisoffen gestaltet werden. Aufgrund der zentralen strategischen Bedeutung ist der Prozess durch den Regierungspräsidenten zu leiten.

Begründung:

Mit der Ablehnung der Steuererhöhung am 21. Mai 2017 steckt der Kanton Luzern in einer finanziellen Sackgasse. Die bisherigen Prozesse für eine langfristig nachhaltige Finanzpolitik führten zu keinen mehrheitsfähigen Lösungen. Die Luzerner Finanzpolitik hangelt von Finanzloch zu Finanzloch. Leistungen werden laufend abgebaut, Personal ist verunsichert und das Image des Kantons leidet.

Für eine zukunftsfähige Ausrichtung der Finanzpolitik sind neue Wege nötig. Ein solcher kann ein breiter politischer Prozess sein, wie ihn zum Beispiel der ehemalige Luzerner FDP-Stadtrat Kurt Bieder in der «Luzerner Zeitung» vom 24. Mai 2017 beschrieben hat. Die konstruktiven Kräfte sind nun gefordert für einen Kanton mit hoher Lebensqualität und Perspektiven.

Ein solcher Prozess muss sorgfältig umgesetzt werden und braucht eine gewisse Zeit. Deshalb kann er erst auf den AFP 2019–2022 hin Resultate bringen.

Meyer Jörg
Fanaj Ylfete
Budmiger Marcel
Ledergerber Michael
Truttmann-Hauri Susanne
Sager Urban
Pardini Giorgio
Candan Hasan
Zemp Baumgartner Yvonne
Odermatt Marlene
Fässler Peter
Schuler Josef
Meyer-Jenni Helene
Schneider Andy
Roth David